

# Fastenkur für die Luzerner Kultur

Politprozedere setzt Kulturszene auf Sparflamme

Die SVP hat in Luzern das Referendum gegen das Budget 2012 angekündigt. Infolgedessen ist die Ausschüttung vieler öffentlicher Beiträge blockiert, und der städtischen Kulturszene droht ein Kahlschlag. Die Empörung ist gross.

**Pirmin Schilliger, Luzern**

Gegen das Budget für das laufende Jahr 2012, welches das Luzerner Stadtparlament im vergangenen Dezember verabschiedet hatte, kündigte die SVP postwendend das Referendum an. Die Partei erachtet das veranschlagte Defizit von 34 Millionen Franken als inakzeptabel. Bis zum Stichtag am 22. Februar werden 800 Unterschriften benötigt, damit es zur Volksabstimmung kommt. Die Unterschriften-Hürde ist nicht allzu hoch. Wahrscheinlich wird also das Volk – voraussichtlich am 6. Mai – über das Budget entscheiden.

## Unmittelbare Konsequenzen

Politbeobachter halten es zwar für ausgeschlossen, dass die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger dem Referendum zustimmen werden. Trotz geringen Erfolgsaussichten sorgt der Vorstoss der SVP jedoch bereits heute für rote Köpfe. Allein schon die Ankündigung des Referendums hatte nämlich erhebliche Konsequenzen: Laut Gemeindeordnung kommt die Stadt in der gegenwärtigen Situation nicht darum herum, viele sogenannte freiwillige Finanzbeiträge sofort einzufrieren. Ausschütten darf sie diese erst dann, wenn das städtische Budget rechtskräftig ist, frühestens also nach der Volksabstimmung im Mai. Betroffen vom jetzigen Ausgabenstopp sind über 80 Institutionen. Am stärksten tangiert wird der Kulturbereich. Für das Lucerne Festival etwa sind 955 000



Auch das Comix-Festival «Fumetto» – im Bild ein Werk von Souther Salazar – muss auf Gelder verzichten.

URS FLÜELER / KEYSTONE

Franken blockiert, für das Comix-Festival «Fumetto» 190 000 Franken. Auf namhafte Beiträge verzichten müssen vorderhand auch das Blue-Balls-Festival, die «Spieleute» und das «Stattkino». Kleinere Organisationen wie die IG Kultur, der einstweilen 71 000 Franken fehlen, wissen nicht, wie sie ihr Personal in den nächsten Monaten bezahlen können. Das Kleintheater hat 60 000 Franken aus der Stadtkasse für die Saläre budgetiert. Das Literaturfest «Luzern bucht» kämpft ob des drohenden Liquiditätsengpasses gar ums

Überleben. Der budgetlose Zustand lähmt mehr oder weniger die gesamte Kulturszene. Um Gelder bangen überdies mehr als 20 Sportvereine. Weiter verunmöglicht die Ausgabenstopp verschiedene Projekte im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit. Zudem hat die Stadt bauliche Massnahmen in der Höhe von 11 Millionen Franken für Sanierungen von Strassen und Schulhäusern zurückgestellt.

Viele Institutionen, Organisationen und Vereine, die bisher von öffentlichen Beiträgen profitierten, müssen jetzt vor-

läufig von der Hand in den Mund leben und sehen, wie sie bis zum Frühling über die Runden kommen.

## Ein «Störmanöver»

Derweilen brandet über die Exponenten der SVP eine Welle der Entrüstung hinweg. Denn deren Referendum gilt in politischen Kreisen als aussichtsloses Störmanöver. Das Parlament hat das Budget 2012 seinerzeit überdeutlich, mit 35 Ja zu 7 Nein, gutgeheissen. Bei einer Volksabstimmung ist mit einem

ähnlich klaren Verdikt zu rechnen. – Immerhin: Die durch das Referendum in vielen Kulturbetrieben heraufbeschworenen Liquiditätsengpässe könnten auch eine heilsame Wirkung haben. Sie haben jedenfalls eine heftige Diskussion über die geltende Gemeindeordnung mit ihren – in diesem Fall fast schon absurden – Auswirkungen ausgelöst. Die CVP-Fraktion etwa regt nun an, künftig die Budgetdebatte im Parlament jeweils auf den Oktober vorzuzerlegen. Damit bliebe genügend Zeit für ein Referendum und eine allfällige Volksabstimmung. Ein Zustand ohne Budget, wie in der gegenwärtigen Situation, könnte künftig vermieden werden.

Als unbefriedigend empfinden die CVP-Exponenten zudem die Tatsache, dass im Rahmen einer Volksabstimmung inhaltliche Aspekte nicht berücksichtigt werden. Der Stimmbürger kann dem Budget lediglich integral zustimmen oder es gänzlich ablehnen. Welche Budgetposten um welche Beträge allenfalls gekürzt werden sollen, müsste nach einer Volksabstimmung das Parlament aushandeln und entscheiden. Die Diskussion darüber fände, sollte das Volk im Mai wider Erwarten dem Referendum der SVP zustimmen, erst im Herbst statt.

## Fasnachts- und Finanzkater

Schlimmstenfalls muss sich Luzern also ein ganzes Jahr ohne Budget durchwursteln. Der Kulturszene, die auf diese Weise allmählich ausgehungert wird, droht dann der Kahlschlag. Vielleicht aber kommt ja alles doch noch gut, zum Beispiel wenn am 22. Februar ein paar der fürs Referendum benötigten 800 Unterschriften fehlen. Das Stichtagdatum fällt pikanterweise mit dem Aschermittwoch zusammen. Ob Froh- oder Hiobsbotschaft – zumindest in finanzpolitischer Hinsicht gibt es in diesem Jahr in der Stadt Luzern kein Ausschlafen nach der Fasnacht.

## Eine Allianz der Vernunft im Wallis?

Die kantonalen Wahlen im Zeichen der Stabilität

Die Freisinnig-Liberalen im Kanton Wallis fordern für die Staatsratswahlen in einem Jahr eine «Allianz der Vernunft». Bei einer arg gebeutelten CVP und bei der SP kommt dieser Vorschlag gut an.

**Luzius Theler, Sitten**

Die einstmalige stolze Mehrheitspartei, die Walliser CVP, befindet sich Monate nach den eidgenössischen Wahlen in einer Art Schockstarre. Sie war auf kantonaler Ebene unter die 40-Prozent-Marke abgesackt und hatte im französischsprachigen Kantonsteil sogar nur noch gut 31 Prozent Wähleranteil erreicht. Eine umfassende Standortbestimmung fand bisher – zur Irritation der erfolgreicheren Oberwalliser CVP-Flügel – nicht statt. Im deutschsprachigen Kantonsteil sitzen die CVP (die «Schwarzen») und die mit ihr auf kantonaler Ebene verbundene CSP (die «Gelben») trotz erheblichen Gewinnen der SVP immer noch fest im Sattel; sie kommen im Oberwallis auf einen Wähleranteil von rund 63 Prozent.

## Ein klares Angebot

Die kantonalen Wahlen vom März 2013 stehen ungeachtet des Schwächeanfalls der wichtigsten politischen Kraft zumindest für den Staatsrat im Zeichen der Stabilität. Von den fünf Regierungssitzen hält die CVP drei, die Freisinnigen und die SP je einen. An dieser Zusammensetzung dürfte auch ein absehbarer Sturm der SVP wenig ändern. Bei den Ständeratswahlen sind der SVP Grenzen aufgezeigt worden: Weder die Freisinnig-Liberalen noch die SP waren

zu einer Allianz mit der weiter erstarrenden SVP gegen die CVP bereit. Die SVP trat zum zweiten Wahlgang nicht mehr an; die beiden C-Kandidaten wurden in stiller Wahl gekürt.

Die Freisinnig-Liberalen sind nun kürzlich mit einem klaren Angebot an die beiden anderen Regierungsparteien herantreten: Parteipräsident Georges Tavernier hat die Seinen zwar auf «einen der grössten Kämpfe, welchen wir je geführt haben», eingestimmt und davon gesprochen, dass der freisinnig-liberale Regierungssitz «in Gefahr» sei. Gleichzeitig rief er zur Bildung einer informellen «Allianz der Vernunft» für die Staatsratswahlen auf. Er könne sich eine Fortsetzung der Zusammenarbeit in der Regierung mit pragmatischen Staatsräten der CVP und der SP sehr wohl vorstellen.

Abgesehen von aller verführten Wahlkampfretorik und dem Sammelbefehl für die eigene Basis im Blick auf die kantonalen Wahlen stehen die Freisinnig-Liberalen gut da: Sie haben bei den Nationalratswahlen mit ihrem Spitzenkandidaten Jean-René Germanier Wähleranteile gewonnen; Kandidaten wie der junge Philippe Nantermod aus Morgins überraschten mit einem beachtlichen persönlichen Ergebnis und empfehlen sich für den Generationenwechsel in der Partei. Der erneute Zugewinn der SVP ging voll auf Kosten der CVP. Wenn der Wähleranteil der Freisinnig-Liberalen im Oberwallis nicht weiter erodiert wäre, hätten sie und nicht die SP den Sitz der Oberwalliser Christlichsozialen errungen, die in der Endabrechnung die Zeche für den Einbruch der CVP im Welschwallis mit dem Sitzverlust bezahlten. Die geschwächte CVP wird für eine informelle Allianz mit den beiden anderen Regierungspartnern gewiss zu haben sein, da sie so

ihren Besitzstand noch einmal wahren kann. Damit zeichnet sich ein einziger geschlossener Block der bisherigen Regierungsparteien gegen die SVP ab. Vor diesem Hintergrund dürfte sich an der Zusammensetzung der Walliser Regierung für die nächste Legislaturperiode kaum etwas ändern, obwohl die Freisinnig-Liberalen nach dem Ausscheiden des bisherigen Regierungsmitgliedes Claude Roch in den kommenden Monaten eine Kandidatur aufbauen müssen. Die personellen Weichenstellungen werden an einem Parteikongress im September vorgenommen.

## Gezeitenwende

Bei den Wahlen für das Kantonsparlament wird davon ausgegangen, dass die CVP angesichts des rapiden Wählerschwundes im Mittel- und Unterwallis nach 156 Jahren die absolute Mehrheit verliert. Von dieser Gezeitenwende trennen sie im Grossen Rat noch 3 Mandate auf 130. Eine Regierungsbeteiligung der SVP, die ein Dutzend Mandate im Parlament hält, zeichnet sich frühestens für 2017 ab. Falls sich der Niedergang der CVP in der bisherigen Kadenz fortsetzt, kann sie den Anspruch auf drei Regierungssitze nicht mehr rechtfertigen. Dannzumal schliege die Stunde nicht eines Oskar Freysinger, sondern eines gemässigten SVP-Kandidaten, mit dem sich die anderen Minderheitsparteien, die FDP-Liberalen und die SP, verbünden könnten.

NZZ-ONLINE

Laufend aktualisierte Nachrichten, Analysen und Hintergründe.

[www.nzz.ch](http://www.nzz.ch)

## Seilziehen statt Dialog

Genfer Polizei im Bussenstreik

Die Genfer Polizisten leiden unter Arbeitsüberlastung. Von der zuständigen Regierungsrätin Isabel Rochat fühlen sie sich unverstanden. Sie traten deshalb in einen Bussenstreik.

**Annegret Mathari, Genf**

Die Genfer Polizisten verteilen seit gut zwei Wochen keine Bussen mehr. Sie leiden unter Arbeitsüberlastung und werden nach Angaben eines Sprechers oft während freier Tage oder gar ihrer Ferien zu Einsätzen aufgebeten. Von der zuständigen Regierungsrätin Isabel Rochat fühlen sie sich unverstanden und zum Teil verspottet. Neben dem Bussenstreik beschlossen rund 600 Polizisten und Gefängniswärter am 9. Januar an der Delegiertenversammlung ihrer Gewerkschaft UPCP auch, ihre Freitage einzufordern. Weiter entschieden sie, ihre Prioritäten auf die Präsenz auf den Genfer Strassen zu setzen. Administrative Arbeiten, die immer mehr Zeit beanspruchen, müssten eben warten.

## Rede boykottiert

Gleichzeitig boykottierten die Polizisten Rochats Rede zum Jahresbericht. Denn die Polizeidirektorin hatte Ende Dezember am Lokalfernsehen die Legitimität der Gewerkschaft infrage gestellt. «Wir fordern Respekt gegenüber unserer Arbeit und die Einhaltung von Versprechen», sagte der Präsident der Polizeigewerkschaft UPCP, Christian Antonietti. Die Gewerkschaft wartet immer noch auf zusätzliches Personal für administrative Arbeiten. Die Polizeidirektion habe 2010 geschätzt, dass dafür 45 zusätzliche Stellen nötig seien.

Bis heute sei aber aus Budgetgründen noch niemand eingestellt worden, sagte Christian Antonietti.

## Legalität geprüft

Rochat erklärte, sie sei sich der schwierigen Arbeit der Polizei bewusst. Sie habe sich im Kantonsparlament für die fehlenden Mittel sowie für zusätzliche Stellen eingesetzt. Am Radio sagte sie, sie habe gegenüber den Polizisten nie die Türe zugesperrt, würde aber gerne die genauen Forderungen kennen. Mit der Kommunikation steht es nicht zum Besten. Rochat, der der Gesamtregierungsrat das Vertrauen ausdrückte, hat unterdessen die Polizeichefin Monica Bonfanti mit der Prüfung beauftragt, ob der Bussenstreik und die Weigerung, während freier Tage Sondereinsätze zu leisten, legal seien. Sollten die Polizisten auf den Strassen demonstrieren, würde das die Verhandlungen infrage stellen, sagte sie warnend. Inzwischen liess Polizeichefin Bonfanti der Regierungsrätin eine Notiz zur Frage der Legalität zukommen. Die Polizeigewerkschaft hat keine Kenntnis vom Inhalt. Laurent Paoliello, der Sprecher des Polizeidepartements, betonte, der Ansprechpartner der Gewerkschaft sei nicht Rochat, sondern die Polizeileitung.

Der Konflikt zwischen den Polizisten und Rochat dauert schon länger. Wegen der verschlechterten Arbeitsbedingungen hatten die Ordnungshüter bereits im Februar 2011 drei Wochen lang keine Bussen mehr verteilt. Der Rechnungshof hatte im Herbst kritisiert, dass seine Empfehlungen von 2009 zum Abbau von Überstunden der Polizei noch nicht umgesetzt wurden. Für 2013 rechnete die Institution mit Zusatzkosten von 16 Millionen Franken, während im Budget 2,2 Millionen eingeplant waren.